

gb.links

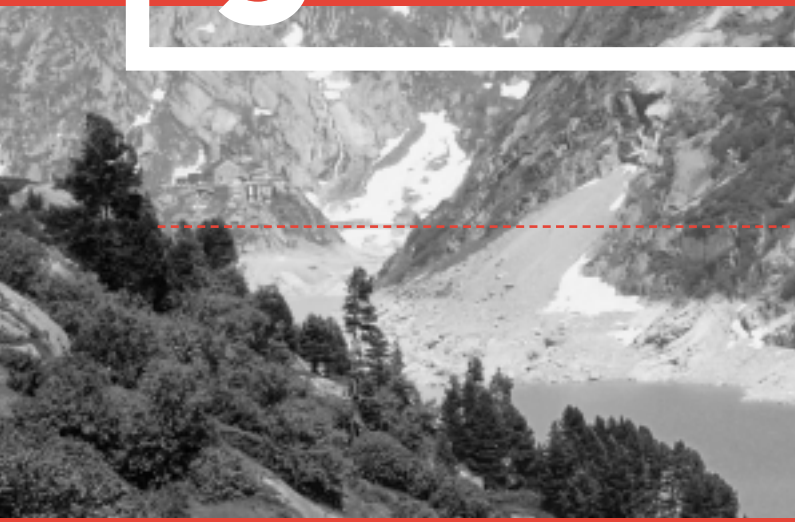
- Energiepolitik
- Globalisierung und Marktöffnung
- Fehlende Ausbildungsplätze

Grüner Erfolg
Am 27. Februar haben die Berner Stimmberechtigten die ruinöse Steuerinitiative wuchtig verworfen. Siehe dazu unter www.gbbern.ch den Kommentar von Blaise Kropf, Grossrat Fraktion gb/JA!

Grünes Bündnis



Grünes Bündnis
Postfach 6411
Neubrückestrasse 17
3001 Bern
Tel. 031 301 82 09
Fax 031 302 88 78
info@gbbern.ch
www.gbbern.ch
PC 30-37923-6



Energiealternativen statt Hochrisiko-Investitionen

Die Grimsel geht uns alle an

Bei einer Erhöhung der Staumauer würde der neue Wasserspiegel (gestrichelte Linie) auch einen Teil des national bedeutenden Flachmoors «Mederlouwenen» zerstören.

Der im Grimselgebiet mit Wasserkraft produzierte Strom fliesst – zumindest theoretisch – auch durch die Leitungen in der Stadt Bern. Das Oberhasli leuchtet so mit einigen Glühbirnen auch in unseren Wohnungen, da die Stadt Bern über das ewb (energie wasser bern) einen Sechstel der Aktien der Kraftwerke Oberhasli AG (KWO) hält. Basel und Zürich verfügen über denselben Anteil, der Kanton Bern trägt den Rest. Die KWO plant zurzeit den Ausbau der Pumpspeicheranlagen im Gebiet Grimsel-Oberhasli. Auf Initiative des WWF, pro natura und aqua viva fordert das Grüne Bündnis mit der GFL und der SP in einer gemeinsamen Dringlichen Motion den Gemeinderat auf, sich via seine Vertretung im ewb-Verwaltungsrat gegen diesen Ausbau einzusetzen.

KWOplus folgt Grimsel West

Kaum kündigten die KWO 1999 das faktische Ende des von Grimselverein und Umwelt-

schutzorganisationen bekämpften 4 Mrd.-Projekts Grimsel West an, lagen die Pläne KWOplus auf dem Tisch. Dabei geht es u.a. um die massive Erhöhung der Turbinenleistung und die Erhöhung der jetzigen Staumauer um 23 Meter. Die vom Grimselverein während Jahren gepflegte Kultur des Dialogs mit der KWO um den Erhalt der geschützten Landschaft und betriebswirtschaftliche Alternativen scheiterte 2003, weil es seitens der KWO am Prinzip der Staumauererhöhung kein Rütteln mehr gab. Die Hauptkritikpunkte der Umweltorganisationen setzen das Augenmerk auf drei Bereiche:

1. Moor- und Landschaftsschutz

Der Entscheid des Bundesrates, den Perimeter der Moorlandschaft Grimsel zu verkleinern und zugunsten der geplanten Staumauer-Erhöhung festzusetzen, ist verfassungswidrig. Wertvolle Elemente der Flachmoorlandschaft und das aktuelle Gletschervorfeld würden beim Höherstau zerstört.

2. Klimaschutz

Für den Pumpbetrieb importiert die KWO seit einigen Jahren nachts und übers Wochenende Strom aus dem europäischen Netz, wenn dessen Preis unter 4 Rp. pro Kilowattstunde fällt. Dieser Strom ist mit durchschnittlich 400 g CO₂/KWh belastet (Produktion in Kohlekraftwerken usw.). Die damit ermöglichte Produktion von Spitzenstrom an Wochentagen bedeutet zurzeit zwar Gewinne für die KWO-Aktionäre, trägt aber stark zur langfristigen Klimabelastung bei.

3. Nachhaltige Alternativen ...

... statt ökonomische Risiken. Die Konkurrenz im zurzeit noch lukrativen europäischen Spitzenstrommarkt wird in den kommenden Jahren zunehmen, insbesondere durch schnell startbare Gaskraftwerke und allenfalls auch durch Brennstoffzellen. Die mittelfristig absehbare Stilllegung von Kohle- und Atomkraftwerken wird die Preisunterschiede zum Spitzenstrom über Pumpspeicherung dahinschmelzen lassen – vor-

aussichtlich bevor die in das Grossprojekt Staumauererhöhung getätigten Investitionen von 1,3 Mia. Fr. amortisiert wären.

Nun liegt es an den Aktionären, ihren Einfluss für den Rückzug der geplanten Staumauererhöhung am Grimselsee geltend zu machen. Sowohl in Zürich als auch in Basel sind durch die Initiative der Grünen analoge parlamentarische Vorstösse eingereicht worden.

Statt in ökologisch schädliche und ökonomisch riskante Pumpspeicherwerke könnten die Aktionäre z.B. in zwei Kompetenzzentren für den Heizungsersatz und für die dezentrale Energieerzeugung investieren. Und wir können die Glühbirne ausschalten, wenn wir aus dem Zimmer gehen.

Martina Dvoracek, Stadträtin GB

Weiterführende Informationen: Broschüre «Grimsel in Gefahr» bestellen via wwf-be@bluewin.ch www.grimselverein.ch

AZB 3000 Bern 11
Grünes Bündnis, PF 6411, 3001 Bern
An Post: Bitte Adressänderung nicht melden.

gb.links

- Mo, 28.3., ab 10 Uhr. **Ostermarsch**. Be-sammlung im Eichholz an der Aare. Der dies-jährige Marsch steht unter dem Motto «Stoppt Gewalt gegen Frauen». 13 Uhr Schlusskundgebung auf dem Münsterplatz.
- Mi, 30.3., 18.30–21 Uhr, Falkenhöhe-weg 8, Bern. **wiscafé mit PolitikerInnen**. Diskussion über Formen politischer Parti-zipation mit Hasim Sancar (gb), Cristina

Anliker (gb), Carolina Aragon (pda) und Rania Bahnan Büechi (gfl).

- Fr, 1.4., Reitschule. **Komitee-Grün-dungsfest «Reitschule bleibt!»** 17.30 Uhr: Führung, 18.30 Uhr: Versammlung.
- Sa, 2.4., 10–17.15 Uhr, Eglise Française, LE CAP, Prediger-gasse 3, Bern. Tagung des Frauenrats für Aussenpolitik (FrAu).

«Zu wessen Diensten? – Frauenarbeit zwischen Care-drain und Outsourcing.»
Informationen: www.frauenrat.ch

- So, 3.4., **Kundgebung in Galmiz gegen die Pharmafabrik** im Grosse Moos. Aktuelle Informationen unter www.gruene.ch/d/aktuell/Galmiz.asp

gb.tipp

Veranstaltungsreihe



«NGO und Protestbewegungen zwischen Widerstand und Professionalismus»

Die Globalisierung spielt sich nicht nur in Indien, Ghana oder Brasilien ab. Auch in Bern sind die Wirkungen der Marktöffnungen und der Internationalisierung des Güter- und Dienstleistungsverkehrs spürbar. Mit der Veranstaltungsreihe «Globalisierung und Marktöffnung vor der eigenen Haustüre» (siehe Artikel Seite 2) will das Grüne Bündnis über Handlungsmöglichkeiten diskutieren – themenbezogen in Zusammenarbeit mit interessierten Organisationen.

Es diskutieren die Wissenschaftler Georg Gremmelpacher, Rechtsanwalt, Zürich und Michelle Beyeler, Politologin, Zürich.

Mittwoch, 6. April, 20 Uhr, Kornhausforum Bern, Vortragssaal

Weitere Veranstaltungen der Reihe:
3. Mai 2005: «Ist mit Markt im Gesundheitswesen Staat zu machen?»
September 2005: **Markt unter Strom** – Die Haltung von Umweltorganisationen und Gewerkschaften zur Zukunft der Stromversorgung.
Oktober 2005: **Geld und Ghüder** – Das Geschäft mit Abfall und Wiederverwertung im geöffneten Markt. Gefahren und Chancen für die Stadt Bern.

Talon

Name: _____

Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

e-mail: _____

- Ich möchte dem **Komitee «Reitschule bleibt!»** beitreten.
- Ich möchte mich in der **Anti-AKW-Kampagne** engagieren.
- Ich möchte mich in der **AG Ökologie** engagieren.
- Ich möchte mich in der **AG Bildung** engagieren.
- Ich möchte **Mitglied** werden beim **Grünen Bündnis**. Bitte schickt mir weitere Unterlagen.

Impressum
Redaktionsschluss gb.links 3/2005: 31. März.
Redaktion: Monika Hächler, Natalie Imboden.
Satz und Druck: Genossenschaft Widerdruck, Bern. Lithos: Genossenschaft Graphix, Bern.

gb.bewegt

Frauenpolitik
Montag, 30. Mai, 19 Uhr, GB-Sekretariat
Ökologie
Dienstag, 5. April, 20 Uhr, Ort noch GB-Sekretariat

Internationales und Migration
Kontakt: Stefanie Gass, internationales-migration@gbbern.ch
Bildung
Montag, 25. April, 19 Uhr, GB-Sekretariat

Nationale Politik
Kontakt: Anne Wegmüller, Tel. 031 301 82 09
Leitender Ausschuss
Mittwoch, 27. April, 20 Uhr, GB-Sekretariat

Den Jugendlichen eine Perspektive geben



Obwohl in den letzten Jahren zusätzliche Lehrstellen geschaffen wurden, fehlen in der Schweiz immer noch Tausende von Ausbildungsplätzen.

3500 Jugendliche zwischen 16 und 24 Jahren sind im Kanton Bern auf der Suche nach einer Lehrstelle oder einer Arbeit. Immer mehr Jugendliche machen heute sehr jung die fatale Erfahrung vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen zu werden. Obwohl in den letzten Jahren zusätzliche Lehrstellen geschaffen wurden und die Konjunktur leicht angezogen hat, fehlen in der Schweiz immer noch Tausende von Ausbildungsplätzen und Arbeitsstellen für Jugendliche. Die Jugendarbeitslosigkeit hat sich in der Schweiz seit 1999 verdreifacht. Wir stehen also vor einem strukturellen Problem: Die Wirtschaft drückt sich immer noch davor, ihre Verantwortung wahrzunehmen und genügend Ausbildungsplätze zu schaffen. Damit brechen die Arbeitgeber laufend ihre Versprechen, die sie vor der Abstimmung über die Lehrstellen-Initiative lipa im Sommer 2003 abgegeben hatten.

Diese alarmierende Entwicklung und der Druck der Gewerkschaftsjugend hat dazu geführt, dass sich sogar alle Bundesrats-

parteien an den Von-Wattenwyl-Gesprächen einig waren, dass die Jugendarbeitslosigkeit ein Problem ist. Der zuständige Bundesrat Deiss richtet einen Appell an die Wirtschaft. Doch Appelle genügen bekanntlich nicht, es braucht sofort wirksame Massnahmen, um bis im Sommer 2005 allen Jugendlichen einen Schul- oder Berufsabschluss zu ermöglichen. Nur so haben die Jugendlichen nach der Schule und nach der Lehre eine Perspektive. Darum fordern der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) und das Schweizerische Komitee gegen Jugendarbeitslosigkeit (skja) drei zentrale Massnahmen: erstens müssen die schulischen Angebote (Lehrwerkstätten, Handelsschulen u.ä.) vorübergehend ausgebaut werden. Zweitens benötigen die mangels Lehrstellen in den letzten Jahren entstandenen Brückenangebote zwischen Schule und Berufsbildung einen klaren Bildungsauftrag. Drittens sollten LehrabgängerInnen im Lehrbetrieb während eines Jahres weiter beschäftigt werden. Allerdings nur, wenn dies nicht zu Lasten des Angebots an Lehrstellen geht.

Der Ausbau von Lehrwerkstätten und Handelsschulen genügt nicht

In der Februarsession versuchten Regula Rytz und Corinne Schärer mit zwei Motionen diesen Massnahmen im Kanton Bern zum Durchbruch zu verhelfen. Dies gelang teilweise. Der Grosse Rat beauftragte die Regierung zu prüfen, ob die Brückenangebote einen Bildungsauftrag erhalten sollen. Die FDP- und SVP-ParlamentarierInnen konnten davon überzeugt werden, dass die 10. Schuljahre heute sehr oft

eine unproduktive Warteschlange für Real-schülerInnen darstellen. Zudem muss die Verwaltung die Wirtschaft auffordern, vermehrt zweijährige Lehren mit Berufsattest anzubieten. Die Chance, die Jugendarbeitslosigkeit mit wirksamen Massnahmen aktiv zu bekämpfen, wurde allerdings noch nicht gepackt. Die fehlenden Lehrstellen werden nicht mit dem Ausbau von Lehrwerkstätten und Handelsschulen kompensiert. Und die Regierung muss sich nicht für die Weiterbeschäftigung der Jugendlichen im Betrieb nach der Lehre einsetzen.

Doch der Kanton Bern kann sich nicht aus der Verantwortung stehlen. Er ist ein zentraler Akteur in der Berufsbildung und finanziert den grössten Teil des schulischen Anteils (Berufsfachschulen). Er darf daher den Schwarzpeter nicht einfach weitergeben. Auch die Wirtschaft muss in die Pflicht genommen werden. Aber wenn die Betriebe trotz allen Anstrengungen ihre Versprechen nicht einhalten, dann muss der Kanton vorübergehend einspringen und die wertvollen schulischen beruflichen Grundbildungen oder Zubringer für die höhere berufliche Bildung ausbauen. Damit dies aber tatsächlich geschieht, ist weiterer Druck von ausserhalb des Parlaments nötig. Mit einem breiten Bündnis aus den sich organisierenden Jugendlichen, den Gewerkschaften und weiteren Engagierten müssen wir mit Aktionen Druck machen, damit alle Jugendlichen so rasch als möglich wieder eine echte Perspektive haben.

Corinne Schärer, Grossrätin GB und Peter Sigerist, Gewerkschaftssekretär SGB



Bauernschlau

Wenn im Zusammenhang mit dem Bau einer Pharmafabrik

in Galmiz die freiburgische Kantonsregierung die Schaffung von 1200 Arbeitsplätzen höher gewichtet als den Landschaftsschutz, so ist dies nicht weiter erstaunlich. Wirtschaft vor Umwelt. So kennen wir bürgerliche PolitikerInnen.

Nicht nachvollziehbar ist hingegen die Haltung bürgerlicher PolitikerInnen in Fragen der zukünftigen Energieversorgung. So haben alle(!) bürgerlichen GrossrätInnen kürzlich gefordert, dass ein neues AKW ermöglicht und Erdöl weiterhin uneingeschränkt genutzt werden soll. Hier müsste die bürgerliche Losung aber vielmehr «Wirtschaft dank Umwelt» lauten. GewerbevertreterInnen im Parlament müssten grösstes Interesse daran haben, erneuerbare Energien zu fördern, bieten diese doch dem vereinigten Elektro- und Sanitär-gewerbe eine Zukunftschance. Ein Weiterbetrieb des AKW Mühleberg sowie ein Neubau bringen weder Innovation noch eine breite, langfristige Beschäftigungswirkung. Die einzigen Bürgerlichen, die diese Rechnung gemacht haben, sind die Bauern. Der Bauernverband ist bereit, ein allfälliges Referendum gegen das Stromversorgungsgesetz mitzutragen – mit der Forderung, dass für erneuerbare Energien eine kostendeckende Einspeisevergütung kommt. Da hätten andere noch viel zu lernen. Unterschreiben Sie die Postkarte in der Beilage und fordern Sie Bundesrat Leuenberger auf, die Energiewende einzuläuten.

Sabine Gresch, Grossrätin GB und Stiftungsrätin Schweizerische Energie-Stiftung (SES)

gb.parlament



Nach mehr als einem Jahrzehnt Parlamentsarbeit hat **Michael Jordi** am 3. März zum letzten Mal das GB im Stadtrat vertreten. Mit Fachkompetenz und Augenmass hat er die Politik der Stadt Bern nachhaltig beeinflusst. Analog einem von ihm verfassten Finanzstrategiepapier lautete sein Credo «Umbauen statt abbauen». Als langjähriger vpod-Gewerkschafter hat sich Michael Jordi auch erfolgreich für soziale Anstellungsbedingungen und gegen Auslagerungen und Privatisierungen eingesetzt. Während seiner Zeit als Stadtrat hat er nicht nur Forderungen aufgestellt, sondern auch immer wieder (RGM-)Bündnisse für deren Umsetzung geschmiedet. Herzlichen Dank, Michael!



Neu wird **Franziska Schnyder** (39) das GB im Stadtrat vertreten. Sie ist als selbständig erwerbende Anwältin tätig. Politische Erfahrungen sammelte die Theologin und Juristin in der Friedensbewegung und sie ist insbesondere in der Grundrechtsdiskussion engagiert. Sie wird das Grüne Bündnis künftig in der Kommission Finanzen, Sicherheit und Umwelt (FSU) vertreten. Herzliche Gratulation und guten Start, Franziska!

gb.grüne bern

44 Mitglieder des GB und der GFL aus allen Kantonsteilen diskutierten am 26. Februar an einem Workshop über gemeinsame grüne Perspektiven. Eine Arbeitsgruppe hatte vorgängig die beiden Modelle «Zusammenschluss» und «Kooperation» ausgearbeitet. Schliesslich erarbeitete die Versammlung einen grossen Konsens für den Kompromissvorschlag der GFL Stadt Bern, eine kantonale Partei in Form einer Föderation zu bilden. Dies lässt das Weiterbestehen mehrerer lokaler Parteisektionen explizit zu und trägt der Situation von GB und GFL in der Stadt Bern Rechnung. Die Grossratswahlen 06 und die Nationalratswahlen 07 sollen gemeinsam bestritten werden. Im Grossen Rat bilden GB und GFL (evtl. unter Einbezug von weiteren Grünen) in der nächsten Legislatur die Fraktion «Grüne Bern». Eine entsprechende Wahlvereinbarung wird von den Parteileitungen zur Zeit ausgearbeitet. Am 26. April 05 werden GB und GFL gleichzeitig über die Wahlvereinbarung und das weitere Vorgehen bei der Konstituierung der Föderation befinden.

Neue Veranstaltungsreihe des GB

Globalisierung und Marktöffnung vor der eigenen Haustüre



Auswirkungen der internationalen Marktöffnung werden auch in der Schweiz spürbar – zum Beispiel an der zukünftigen Strommarktversorgung.

Im letzten Jahrzehnt sind die Begriffe Globalisierung und Marktöffnung von Berlin bis Madrid bis weit in regierende Linke hinein zu Synonymen für Fortschritt und Moderne geworden und werden als Voraussetzung für weltweite Prosperität gepriesen. Hinweggefegt sind die Strategien der «Blockfreien» der 70er Jahre, welche eine nationale Industrialisierung mittels einem gemässigten Protektionismus und Zollschutzmauern fördern wollten.

Die Marktöffnung, welche die WTO vorantreibt ist selektiv: sie verstärkt die Machtkonzentration bei jenen die haben auf Kosten jener, die von jeher strampeln müssen. Bisweilen macht sich Hilflosigkeit diesem Prozess gegenüber bemerk-

bar, bei den Betroffenen in den Ländern, die vom Tornado der entfesselten Marktkräfte voll erfasst wurden, aber auch innerhalb der Antiglobalisierungsbewegung hier in der Schweiz. Wir kommen nicht weiter, wenn sich der Widerstand gegen die negativen Auswirkungen des internationalen Wirtschaftens in jährlichen Kundgebungen gegen «Davos» erschöpft. Umso mehr, wenn für einige TeilnehmerInnen die Inhalte zu Gunsten der Form sogar in den Hintergrund zu treten drohen. Aufgabe einer emanzipativen Politik muss es sein, die dunkle Seite des Globalisierungs- und Marktöffnungsprozesses für einen breiteren Bevölkerungskreis in der Schweiz sichtbar zu machen.

Das zu tun ist nicht einfach, aber auch nicht unmöglich. Bereits haben einige

Abstimmungen in der Schweiz gezeigt, dass dem Dogma einer Flexibilisierung des Menschen Schranken gesetzt sind (Arbeitsgesetz, Liberalisierung Ladenöffnungszeiten), dass den Slogans «Geiz ist geil» oder «zersch chumme ig» grosse Skepsis entgegenschlägt (Steuerpaket Bund oder Steuerinitiative Bern) und dass die Forderung «runter mit den Preisen» auf Grund der Auswirkungen auf die Löhne nicht unwidersprochen bleibt. Mit einer Veranstaltungsreihe (siehe gb.tipp) will das Grüne Bündnis diesen Faden aufgreifen und aufzeigen, dass auch in Bern die Wirkungen der Marktöffnungen und der Internationalisierung des Güter- und Dienstleistungsverkehrs spürbar sind: beim Ghüdersack, im Bett des Tiefenauspiels oder an der Glühbirne in der Wohnung. Die Folgen dieser Entwicklung machen sich auch vor unseren eigenen Haustüre, ja in unseren eigenen Haushalten bemerkbar. Den Anfang macht die Veranstaltung mit den beiden WissenschaftlerInnen Georg Gremmelspacher und Michelle Beyeler, welche in ihren Forschungsarbeiten an der Uni Zürich den Fragen nachgegangen sind, wovon die Wirksamkeit von Nichtregierungsorganisationen (NGO) abhängt, welche Arbeitsteilung es zwischen globalisierungskritischen Protestbewegungen und NGO gibt oder welchen Einfluss konfrontative Protestaktivitäten auf die Medienpräsenz und die Öffentlichkeitsarbeit von NGO haben.

Michael Jordi, Ökonom, AG Internationales und Migration